

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zelle im Einzelteil 14 Pf., die 20 mm breite mm-Zelle im Textteil 1,10 RM. Rabatt nach Klasse B. Anzeigenpreise Nr. 1. Briefgebühr für Buchladenanzeigen 30 Pf., außs. Par. für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus **2,00 RM.** einbl. Trägerlohn monatlich. Postmonat 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einbl. 45 Pf. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Kreislaufbestellung: für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer **10 Pf.,** außerhalb Groß-Dresden **15 Pf.**

Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ortsvertehr Sammelnummer 24601, Fernvertehr 14194, 20024, 27081-27083 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Dittorfstr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366. Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einfindungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anteils.

Nr. 46 ×

onnabend, 23. Februar 1935

43. Jahrgang

Ein englisch-französischer Fragebogen

Die russische Diplomatie an der Arbeit - Einladung Moskkaus an England - Die Chopin-Feier in Dresden

Moskauer Rüstungsieber

Moskau, 22. Februar

Rückkehrkommisar Boroditschew hatte am Donnerstag eine mehrstündige Besprechung mit den Funktionären der Gesellschaft Ossowischim. Er befahte sich dabei mit der außenpolitischen Lage, besonders mit der Lage in Fernen Osten. Die letzten Jahre seien für die Sowjetunion mit erster Kriegsgefahr verbunden gewesen. Sowjetrußland könne den Frieden nur aufrechterhalten, wenn seine Wehrmacht und seine Luftmacht weiter ausgebaut würden. Die Militarisierung der Sowjetunion durch die Gesellschaft Ossowischim dürfe nicht einschlafen.

Der Vorsitzende des Vollzugsbüros des Verteidigungskommissionen, Kallinin, empfing eine Gruppe Wissenschaftler, die sich mit den Fragen der militärischen, chemischen und Luftfahrtverteidigung beschäftigten. Dieser Gruppe gehören etwa 5000 Gelehrte an, die im Dienste der Rotes Wehrmacht stehen. Sie bilden die wichtigste Kraft, die die Aufgabe haben, die Mechanisierung und Modernisierung der Wehrmacht zu fördern. Kallinin betonte hierbei ebenfalls die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Wehrmacht.

Die japanisch-chinesischen Besprechungen

Bedeutsame Erklärungen japanischer Minister

Tokio, 21. Februar

Außenminister Hayashi hatte heute wieder eine einjährige Unterredung mit dem chinesischen Sonderbotschafter Wang Tsung-hui. Im Verlauf der Aussprache wies Hayashi darauf hin, daß der antijapanische Geist in China kein Zusammenarbeiten beider Länder verhinde. Beide Teile müßten offen ihre Ansichten austauschen, was darin höchste zu schaffen sei. Wang Tsung-hui antwortete, daß er nicht daran denke, antijapanische Aktionen zu unterstützen. Aus verschiedenen inneren Gründen sei aber die Beilegung der antijapanischen Bewegung sehr schwer. Trotzdem wolle die japanische Regierung nichts unterlassen um die Verständigung für eine Zusammenarbeit zu schaffen. China könne ohne Japan die gegenwärtige Krise nicht überwinden. Die Zusammenarbeit mit Japan sei das Hauptziel der chinesischen Politik, während die augenblickliche Anfechtung an Europa und Amerika nur ein „Zwischenstadium“ sei.

Wang gab am Donnerstag den führenden Staatsmännern, den Parteiführern, Generälen und Vertretern von Wirtschaft, Handel und Wissenschaft ein Frühstück. Bei dieser Gelegenheit führte Außenminister Hayashi aus, daß die Besprechungen mit dem chinesischen Sonderbotschafter ein gutes Zeichen für das Gelingen einer Zusammenarbeit sei. Die engen Beziehungen zwischen China und Japan müßten dazu führen, den Frieden im Fernen Osten zu gewährleisten. In einer Rede im Reichstag erklärte der Außenminister, daß er zu Wirtschaft, Handel und Industrie volle Vertrauen habe. Nachdem mit Europa und Amerika eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erreicht worden sei, werde die Wirtschaftspolitik ebenfalls werden können, habe er alle Kräfte auf die Zusammenarbeit mit China angelegt. Wenn kein Vertrauen nicht nachdrücklich werde, so bedeute das einen schweren Rückschlag für die Beziehungen auf Schaffung des Friedens im Fernen Osten.

Die Unruhen in Kroatien

22 Todesopfer?

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Wien, 22. Februar. (Durch United Press) Zuverlässigen Informationen ist zu entnehmen, daß die Unruhen in Kroatien seit Beginn des Jahres ernstlich sind, als dies auf Grund der offiziellen Berichterstattung bekannt angenommen werden konnte. 22 kroatische Bauern haben, so lautet diese Information, bei den Kämpfen den Tod gefunden. Viele andere sind verletzt, und Duzert von Bauern sind in den verschiedenen kroatischen Lagern verhaftet worden.

Die Unruhen sollen auf das Schroffe Vorgehen des Steuerministers zurückzuführen sein. Eine nach dem Tode von den Bauern geforderte Beamtensabstimmung wurde von den Bauern gefordert und mehrere Stunden lang als Gefährdung gehalten. Daraufhin sind Truppen nach Podonje beordert worden. Man fürchtet, daß die Unruhen sich auch auf andere Teile des Landes ausdehnen könnten.

Die Verhandlungen in London

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 22. Februar

Wie aus der Regierung nachstehenden Kreisen verlautet, hat die französische Regierung dem englischen Kabinett eine einseitige geheime Note von Punkten übermitteln, die nach französischer Ansicht noch einer weiteren Klärung bedürfen. Dieser „Fragebogen“ soll den diplomatischen Besprechungen mit Deutschland zugrunde gelegt werden. Es ist anzunehmen, welche Punkte in dieser Note eine Rolle spielen: in erster Linie natürlich der Ostpakt. Die französische Diplomatie sucht, hart unterstützt von Washington, diesen Ostpakt zum Angelpunkt aller Verhandlungen mit Deutschland zu machen. Das war ja auch der Sinn der vorerwähnten übermittelten russischen Note zum Vordrängen des Ostpakt. Das auch der tiefere Grund der plötzlich wieder hervorgerückenen deutsch-feindlichen Haltung in der Moskauer Presse. Die sowjetrussischen Pressekommentare zu der deutschen Note haben aber in London das Gegenteil der gewünschten Zweck erreicht: sie haben reichlich verstimmt, und selbst die liberale „News Chronicle“ muß zugeben, daß dies der schlechteste Weg sei, um von Deutschland eine ruhige und vernünftige Betrachtung der Lage zu erlangen. Gerade diese deutsch-feindlichen Moskauer Pressekommentare trafen nicht dazu bei, um in England das von der englischen Regierung nur abgerufen angebotene Zustandnis der Mitarbeit am Ostpakt vorzustim�en zu lassen.

Ein zweites größeres praktisches Wert für den Frieden hätten als mehrseitige Verträge, entworfen werden. Der Bericht des Berliner „Times“-Korrespondenten über den deutschen Standpunkt dürfte nicht unwesentlich dazu beitragen, mancher falschen Darlegung ein Ende zu machen. Wieviel wird die deutsche Note so angelegt, als ob Deutschland zuvor bereit sei, den Ostpakt abzuschließen, aber alle anderen Punkte des englisch-französischen Kommuniqué von vornherein ablehne. Gegenüber schreibt der „Times“-Korrespondent, daß, wenn ein englischer Minister den Führer besuche, die Besprechungen auch selbstverständlich alle Gebiete der europäischen Politik erfassen würden. Wahrscheinlich werde der Ostpakt nicht abgelehnt werden und legislativ auch die Hauptrolle spielen.

England und Sowjetrußland

Verschiedene Zeitungen in London machen Stimmung für eine enge engliche Vermittlung zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Ein christlicher Missionar, erklärt die liberale „News Chronicle“, und die sowjetrussische Regierung eines Neutralitätsbündnisses in Moskau wird von ihr eingehend betrachtet. Der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, will wissen, daß bereits in aller nächster Zeit eine offizielle russische Einladung an Sir John Simon erfolgen werde und daß man Grund habe anzunehmen, daß diese angenommen werden würde. Das wäre der erste englische Ministerbesuch in Moskau seit Begründung der Sowjetunion. Das englische Kabinett hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, diese Frage zu besprechen. Vielleicht dürfte die russische Regierung im Kabinett Sir John Simons in Baris nach dem Besuch ein weiterer Besuch des englischen Außenministers in Prag fast in die Debatte gerücken.

Der diplomatische Mitarbeiter der konservativen „Morning Post“ stellt fest, daß das Eingreifen Großbritanniens, Frankreich und Deutschland eine bereits verwickelte Lage noch verwickelter mache. Der entscheidende Wille der Sowjets, eine Vereinbarung zu vereinbaren, die ihren eigenen Interessen keinen Schaden bringe, sei jetzt der wichtigste Faktor geworden.

Rings um London

Die Moskauer Diplomatie hat seit dem Einzug Rußlands in den Völkerverbund alles getan, um die in Europa vorhandenen Spannungen zu erhöhen. Sie tut es auch jetzt wieder. In allen Hauptstädten sind die russischen diplomatischen Vertreter an der Arbeit, um das langsam entstehende Friedenswerk zu fördern und eine endgültige Entspannung der europäischen Situation zu verhindern.

Rußland, dessen Interessen nicht auf Europa beschränkt sind und dessen Schwerpunkt zur Zeit in Asien liegt, das also keine europäische Macht im engeren Sinne des Wortes ist, spielt unter Ausnutzung der französischen Sicherheitsbedenken und unter jehbewusster Umkleidung der von Frankreich abhängigen kleinen Staaten in Mittel- und Südwesteuropa die europäischen Völkerverbündnisse gegeneinander aus.

Rußland glaubt, in seiner Selbstbehaltung ein schwaches, verkleinertes, zerstücktes und uneiniges Europa an seiner westlichen Hinterfront zu brauchen. Sein Anglistium ist eine feindliche Einigung aller europäischen Mächte. Denn hinter dieser Einigung steht es - die Koalition zum Angriff auf die Sowjetunion aufsteigen. Diese Angst führt es in den Kampf mit allen Waffen bekämpften „bürgerlich-kapitalistischen“ Völkerverbündnisse. Diese Angst ließ seine Diplomatie plötzlich die röhrenden Trompeten der Weltrevolution mit den lautesten, schmerzhaftesten Klängen der Friedenspolitik vernachlässigen! Die alten Mattensänger im Kram trennen ihre europäischen Kinder, die auf diese Friedenslänge immer wieder hereinfallen, wie oft diese auch schon durch sie getötet und betrogen wurden.

Das neue Mittel, Europa dauernd in zwei einander mißtrauisch und feindselig beobachtende bewaffnete Lager zu zerpalten, ist der Ostpakt. Dieser Ostpakt war von vornherein so gestaltet worden, daß nach menschlichem Ermessen Deutschland ihm unter seinen Umständen beitreten konnte. Rußland war und ist an einem Beitritt Deutschlands gar nicht gelegen. Es wollte einen Pakt, den Deutschland unter allen Umständen ablehnen mußte; denn in diesem Falle sollte nach den französisch-russischen Abreden, die noch unter Dantons getroffen worden waren, an Stelle des Ostpakt ein französisch-russisch-türkisches Militärbündnis treten. Dieses Militärbündnis ist das letzte Ziel der sowjetrussischen Politik. Alles andere ist Tarnung - bestimmt für kindliche Gemüter in Europa.

Um diesen Ostpakt kämpfen Völkerverbündnisse zur Zeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften. Deshalb nahm man die Londoner englisch-französischen Besprechungen und den aus ihnen hervorgegangenen Beschluß, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten, mit äußerster Mißtrauen auf. Und gezieltes Mißtrauen gar land der vorgeschlagene Ostpakt der Weltmächte. Man sah in diesem Pakt von vornherein lediglich eine Konkurrenz für den Ostpakt und für diese, die französische Regierung könne auf England hereinfallen und ihre Bindungen zu Moskau lockern.

Die Antwort Deutschlands schließlich, das mit der größten Offenheit und Ehrlichkeit direkte Verhandlungen zunächst einmal zwischen Deutschland und England vorschlug, erhöhte die Nervosität in Moskau. Vielleicht kam doch endlich der Friede nach Europa? Die sowjetrussische Presse griff Deutschland auf das Schärfste an. Das hat wir gewöhnt. Sie wandte ihre Angriffe gleichzeitig aber auch gegen England, das sie aller möglichen dunklen Pläne verdächtigte.

Im gleichen Augenblick hat Rußland in London und Paris seine Zielangabe zu dem Londoner Schlußbericht dargestellt. In dieser russischen Erklärung wird Front gemacht gegen alle einseitigen Sonderverhandlungen über den Ostpakt, und die „Untheilbarkeit“ aller Völkerverbündnisse wird betont, nach dem bekannten Wort Wladimirov: „Der Friede ist unteilbar.“

Hinter dieser Erklärung verbirgt sich natürlich weiter nichts als der Wunsch, den Ostpakt unter allen Umständen als Angelpunkt aller künftigen diplomatischen Verhandlungen zu erhalten. Deshalb hielt der russische Botschafter Maslow in London angedeutet vor der Liga der Völkerverbündnisse angedeutet einen scharfen neuen Deutschland zugewandten Rede, in der er schließlich Deutschlands Zurückhaltung in der Frage des Ostpakt, beklagte, und gleichzeitig die deutsche Regierung zu verdächtigen versuchte, indem er erklärte, die deutsche Antwort gebe Veranlassung zu „sehr ernsten Vermutungen“. Das ist Brunnenvergiftung reinen Stils.

Das tatsächliche Maßziel der russischen Diplomatie ist es, den englisch-deutschen Sonderbesprechungen so viel Schwierigkeiten wie möglich in den Weg zu

Vorarbeit für den Frieden in Osteuropa

In diesen Zusammenhängen verdient es Beachtung zu werden, daß die „Times“ heute erklären, für die nach russisch-französischer Ansicht nur durch den Ostpakt zu schließende Sicherheit in Osteuropa sei schon erhebliche Vorarbeit geleistet worden, und zwar durch die bestehende deutsch-polnischen Nichtangriffspakte und durch den zwischen Polen und der Sowjetunion und die Grenzangabeverträge zum Vordrängen des Ostpakt. Ta die deutsche Regierung bereits früher ihre Bereitwilligkeit, Nichtangriffspakte mit allen großen Nachbarstaaten abzuschließen, erklärt habe, dürfte es praktisch sein, so meint die „Times“, die Möglichkeit eines Abschlußes solcher Verträge zwischen Deutschland und Rußland sowie auch zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in Erwägung zu ziehen, damit während der ständig von Deutschland vertretenen Ansicht.

Oesterreich Spielball der Großmächte

Der Pariser Besuch Schulzniggs - Angebliche österreichische „Forderungen“

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 22. Februar

Gestern Abend vollzog sich unter etwas tragikomischen Formen der Empfang des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schulznigg in Paris. Man ist auf den Empfang keineswegs stolz in Paris. Zahlreiche Blätter der heutigen Morgenpresse, insbesondere der „Jour“, bezeichnen es als eine Schande für Frankreich, daß der Wille der französischen Regierung

„auf der Hintertreppe und durch die Dienstboten“ in Paris habe eingeleitet müssen. Der österreichische Bundeskanzler wurde in der Tat auf dem Vorortbahnhof von Rußby von Händeln und Sval empfangen. Dieser kleine Bahnhof, der seit Jahren schon nicht mehr benutzt wird, war deshalb ausgewählt worden, damit

die geplanten Rundgebungen der kommunistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront

die Empfangsfeierlichkeiten nicht stören könnten. Allerdings hatte man auch hier Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Denn die Türen dieses verfallenen Bahnhofgebäudes waren derart verrostet, daß man sie mit dem Hammer und dem Dreieisen aufbrechen mußte. Inzwischen hatten sich am Ortsbahnhof in Paris einige tausend Anhänger der kommunistisch-sozialistischen Einheitsfront gesammelt. Die Polizei hatte über dreitausend Mann mobil gemacht, die das ganze Bahnhofsviertel loszulegen in Belagerungszustand legten. So kam an etwa 1000 bis 1200 Verhandlungen, die bis zehn Uhr abends aufrechterhalten wurden.

Die Verhandlungen, die Schulznigg in Paris führen will

Scheinen der französischen Regierung wenig angenehm zu sein. Nach den übereinstimmenden Darlegungen verschiedener Pariser Blätter verlangt nun auch Oesterreich die „volle Gleichberechtigung“. Oesterreich will nicht nur „Objekt“ des separaten österreichischen Garantiepaktes sein, sondern es wolle auch von sich aus ein „Subjekt“ ebenfalls seinen Nachbarstaaten die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer Grenzen garantieren. Ein zweiter Verhandlungspunkt sei die Festlegung des Begriffs der „Nichteinmischung“. Hier fordert, nach den Berichten der Pariser Blätter, die österreichische Regierung, daß die Nichteinmischung nicht etwa so weit gefaßt werden dürfe, daß auch die Wiedereinführung der Schaburgerei verboten werden könnte. Zwar sei diese Restauration „keine aktuelle Frage“, aber sie dürfe doch nicht grundsätzlich verboten werden. Denn die österreichischen Monarchen sind augenblicklich die größte Stütze des Kabinetts Schulznigg. Infolgedessen will Schulznigg angeblich verlangen, daß die kleine Entente ihren grundsätzlichen Widerstand gegen die Schaburgerei fallen lasse. Man sieht:

die Verhandlungen werden sehr kompliziert und schwierig sein.

Vertinax macht im „Echo de Paris“ schon jetzt Front gegen jede „Verwässerung“ des Donaupaktes und betont wieder einmal, die sogenannte österreichische „Unabhängigkeit“ könne nur bestehen, wenn Frankreich, Jugoslawien, die kleine Entente und hinter ihnen Sowjetrußland zummentünden. Das heißt: Oesterreich bleibt weiter der Spielball der Großmächte.